

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und geschriftn. Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben an den Präsidenten der k. k. Obersten Rechnungs-Kontrollebehörde, Franz Grafen Mercandini, allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Graf Mercandini. In Anerkennung Ihrer vielfährigen treuen und ausgezeichneten Dienste verleihe Ich Ihnen taxfrei Meinen Orden der eisernen Krone erster Klasse.

Wien, den 20. Jänner 1864.

Franz Joseph m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 20. Jänner d. J. dem Statthalter in Niederösterreich, Gustav Grafen von Chorinsky, in Anerkennung seines treuergehenen und ausgezeichneten dienstlichen Wirkens den Orden der eisernen Krone erster Klasse mit Nachsicht der Taren allergnädigst zu verleihen geruht.

Das Staatsministerium hat eine bei der Statthalterei in Benedig erledigte Sekretärsstelle dem dortigen Statthalterei-Vizesekretär, Karl Strobel, verliehen.

Der Staatsminister hat den Supplenten am Gymnasium zu S. S. Gervasio e Protasio in Benedig, Alions Costa, zum wirklichen Gymnasiallehrer mit der Bestimmung für das Staatsgymnasium in Treviso ernannt.

Am 23. Jänner 1864 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das II. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 5 das Gesetz vom 11. Jänner 1864, in Betreff der Begünstigungen für die Unternehmung der Lemberg-Czernowitz-Eisenbahn; — gültig für das ganze Reich.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Reichsgesetzblattes.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 24. Jänner.

Im preußischen Parlamente hat die Debatte über die Kreditsforderung von 12 Millionen Thalern stattgefunden und ist die Bewilligung mit 275 gegen 51 Stimmen abgelehnt worden. Im österreichischen Reichsrath steht eine ähnliche Verhandlung bevor; der Finanzausschuss berät so eben über eine Kreditsforderung der Regierung von 10 Millionen Gulden, und die erste Sektion desselben hat bereits ihren Autrog gestellt, der auf Bewilligung von nur etwas über 5 Millionen lautet. In der nächsten Sitzung des Hauses soll der Gegenstand schon auf die Tagesordnung kommen.

Das preußische Abgeordnetenhaus befindet sich der Regierung gegenüber in anderen Verhältnissen als das österreichische. Dort herrscht ein vollständiger Bruch zwischen Regierung und Parlament, die Verfassung ist in ihren wesentlichen Bestimmungen brachgelegt; in Österreich ist die Opposition gegen das Gesamtministerium keine solche, welche die Grundprinzipien im Großen und Ganzen berührt; sie ist eine Opposition in Details. Nur in Bezug auf die auswärtige Politik ist die Opposition zu einer prinzipiellen herangediehen. Demgemäß sucht die österreichische Opposition ihrer Richtung dadurch Ausdruck zu geben, daß sie von der Kreditsforderung von 10 Millionen nur jenen Theil zu bewilligen beabsichtigt, welcher die Kosten der bündestreuen Ausführung des

Exekutionsbeschlusses repräsentirt, während sie die Bewilligung des Restes, von dem nicht ausgewiesen ist, wozu er bestimmt ist, verweigert und durch die Motivierung darlegt, daß sie die Expedition nach Schleswig missbilligt.

Den Sektionsbericht zu widerlegen, wird der Regierung nicht schwer fallen; einzelne Argumente stehen auf sehr schwachen Füßen. Namenslich ist die Meinung des Berichtes, daß Österreich sich einzigt auf der Defensive zu halten habe, eine wahre Verirrung für die ganze Argumentation des Schriftstückes. Denn eben darin liegt die ganze Differenz zwischen Österreich und der Majorität des Bundes, daß Österreich der erobernden Politik der Mittelstaaten die Berechtigung nicht zuerkannte, und mit der Inanspruchnahme Schleswigs bloß die Bedingungen von 1851 und 1852 vertheidigt. Wir glauben daher, daß, wenn auch von mehreren Abgeordneten die Gelegenheit benutzt wird, sich über Österreichs auswärtige Politik zu exprimieren, der geforderte Kredit schließlich doch bewilligt werden wird.

Ahnliche Aussprüche aber, wie sie in der preußischen Kammer gethan wurden, wird man im Reichsrath hoffentlich nicht hören. Charakteristisch für die Gesinnung der Anhänger des Herrn v. Bismarck ist folgende Ausüberung des Grafen Wartensleben, welcher zu Gunsten der Anleihe sagte: „Sie fürchten einen Bürgerkrieg mit den deutschen Staaten, meine Herren. Im Interesse der Menschheit würde ich das für ein Unglück, im preußischen Interesse für ein Glück halten. Ja, meine Herren, denn dann kann der preußische Adler weitergreifen und seine Schwüngen ausdehnen. Es ist das Interesse Preußens, so weit als möglich Boden in Deutschland zu fassen und sich auszubreiten. Die deutsche Einheit werden wir nicht mit Worten machen, sondern nur mit Thaten.“ Für die „Kronenzeitung“-Männer und Bismarckianer ist Deutschland nur das Objekt, mit dem Preußen vergrößert wird. Diesen Herren gegenüber wäre die Kreditbewilligung eine Versündigung an Deutschland gewesen.

Oesterreich.

Wien, 22. Jänner. Die Annahme der merikanischen Kaiserkrone seitens des Herrn Erzherzogs Ferdinand Max ist nunmehr außer Zweifel. Se. kais. Hoheit reist morgen nach Triest zurück, um in Miramare die letzten Reisevorbereitungen zu treffen und nach etwa 14 Tagen wieder in Wien einzutreffen. Eine zweite Deputation aus Mexiko wird im März erwartet. Dieselbe soll das Resultat der Volksabstimmung überbringen, worauf der gewählte Kaiser die Reise nach Mexiko antreten wird. Se. Majestät der Kaiser soll die definitive Zustimmung zu dem fühnen Unterthumen des Herrn Erzherzogs gegeben haben, der dasselbe als eine rein persönliche Angelegenheit, welche das Reich nicht engagirt, auffaßt und durchführen will. Mit Frankreich, England und indirekter Weise auch mit dem Präsidenten Lincoln sollen seitens des Hauses von Miramare Verabredungen getroffen sein, die der Sache günstig sind. (O. D. P.)

— Ein Zeichen der Zeit ist es, schreibt man der „G. L.“ aus Wien, daß von ministerieller Seite jetzt die Nachricht verbreitet wird, der Kaiser habe sich über die nützlichen feudalen Reden im Herrenhause sehr unzufrieden geäußert; vergleichen widerspreche seinen Prinzipien und mache nur böses Blut.

Wien, 23. Jänner. Der Bericht der 1. Sektion des Finanzausschusses über den von der Regierung geforderten Nachtragskredit von 10 Millionen Gulden zur Befreiung der Bundes-Exekution in Holstein-Lauenburg ist ein umfangreiches, vom Grafen Eugen Kinsky als Obmannus-Stellvertreter und Dr. Giskra als Berichterstatter unterzeichnetes Dokument;

Insertionsgebühr für eine Harmonie-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1-malige Einschaltung 6 kr., für 2-malige 8 kr., für 3-malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

nebst 15 Beilagen, welche letztere außer einer speziell nachgewiesener veranschlagten Bundes-Exekutions-Kosten nur allbekannte Altkenntnisse über die Bundesstags-Verhandlungen, betreffend die schleswig-holsteinische Angelegenheit, enthalten. Der Bericht selbst beginnt mit einer umständlichen Darlegung dessen, was im Schoße der Bundesversammlung in Sachen der Elbe-Herzogthümer vorgegangen. Er erzählt, daß die Kaiserliche Regierung ihre Nachtragskredit-Forderung von 10 Millionen Gulden grundsätzlich auf die Ausführung des Bundesbeschlusses vom 1. Oktober 1863 stützte, wonach die Bundes-Exekution gegen Dänemark angeordnet worden; daß zur Ausführung dessen Österreich, Preußen, Sachsen und Hannover am 10. December 1863 eine Konvention getroffen, derzufolge das zum Einrücken in Holstein bestimmte Korps von 6000 Mann Sachsen, ferner als erste Reserve 6000 Mann Hannoveraner, 5000 Mann Österreicher und 5000 Mann Preußen an der Grenze der Herzogthümer aufzustellen, und eventuell von Österreich und Preußen noch 40.000 Mann zusammen bereit zu halten waren. Nach dieser Konvention hätte Österreich einschließlich der ersten Reserve im Ganzen fünf Brigaden in kriegsmäßiger Ausstattung, welche 25.899 Mann und 4449 Pferde mit 20.759 Mann Streitbarem zählen, aufzustellen und bereit zu halten. Weiter erzählt der Bericht, wie dann noch während der Ausführung der militärischen Maßregeln, welche ausschließlich die Bundes-Exekution in den Bundesländern Holstein und Lauenburg bezeichneten, ein neues Moment in die Frage kam, indem Österreich und Preußen Schleswig hineingezogen, und nach Ablehnung eines hierauf bezüglichen Antrages seitens des Bundesstages sich nun unter Ignorierung der anderweitigen Bundesbeschlüsse gegen Schleswig in Bewegung gesetzt haben. Aus dieser Darstellung will der Bericht erschlich gemacht haben, daß die Regierungsvorlage in Erwägung des Erfordernisses der Landarmee für 1864 einen Kredit zur Ausführung der Bundes-Exekution begeht, und abseits davon österreichische Truppen in der Anzahl von nahezu 25.000 Mann zur Besetzung von Schleswig gegen Dänemark entsendet wurden.

Der Ausschuss beantragt: Das hohe Haus wolle beschließen:

1. Es werde der von der Regierung aus Anlaß der Bundes-Exekution in Holstein-Lauenburg beanspruchte Nachtragskredit an das Kriegsministerium für den Dienst des Jahres 1864 in der Höhe von 10 Millionen Gulden nicht bewilligt, sondern

2. es werde der Regierung nur ein Nachtragskredit zum Erforderniß der Landarmee für 1864 (Cap. 42, Titel 1), und zwar zur Leistung der ausgeschriebenen Matrikulat-Umlage bis zur Höhe von 5.343 950 Gulden beabsichtigt, successiver Einzahlung und beziehungsweise Abrechnung gleich hoher Auslagen der kaiserlichen Regierung für die Bundes-Exekution bewilligt.

Wien, 23. Jänner. Hente Vormittag 11 Uhr versammelten sich die Mitglieder des Finanzausschusses, um den Bericht der ersten Sektion über die Nachtragsforderung von 10 Millionen zur Befreiung der Kosten für die Bundesexekution in Holstein-Lauenburg entgegenzunehmen. Die Sitzung war sowohl von Seite der Ausschusmitglieder, als der sonstigen Mitglieder des Hauses sehr zahlreich besucht. Die Regierung war vertreten durch die Minister Schmerling, Reichberg, Hein. Lasser, Plener, F. M. W. Mertens und Ministerialrat Biegeleben.

Nach Verlesung des Berichtes ergriff Ministerialrat v. Biegeleben das Wort. Derselbe gab ein sehr ausführliches Exposé über die historische Entwicklung des Verhältnisses der Elbe-Herzogthümer zu Dänemark, die verschiedenen Ansprüche auf die Herrschaft der Herzogthümer, das Zustandekommen und den Inhalt des Londoner Protokolls, die weiteren Verhandlungen

am Bunde und die Stellung, welche Österreich dieser Angelegenheit gegenüber eingenommen habe.

Hierauf wurde die Generaldebatte eröffnet, zu welcher eine große Anzahl von Rednern eingeschrieben ist, und die voraussichtlich mehrere Sitzungen in Anspruch nehmen wird.

— Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr Ritter v. Hasner, hat einen schweren Verlust erlitten. Sein Vater, der Hofrat und ehemalige Kammer-Prokurator Herr L. Hasner, ist in Prag mit Tode abgegangen.

Benedig, 19. Jänner. Wir befinden uns in der angenehmen Lage, eine für die Hebung der heimischen Industrie höchst freudige Nachricht zu melden. Aufmerksam gemacht durch die großartigen Erfolge, welche die Versuche, den Anbau der Baumwolle zu kultiviren, in Südtalien, namentlich in Sizilien gemacht, hat sich hier ein Verein von zahlreichen Grundbesitzern gebildet, welcher es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Kultivierung dieses wichtigen Industriezweiges auch in Venezien zu versuchen. Schon im Laufe des vorigen Sommers wurden in den Provinzen Vicenza, Verona und Udine probeweise Versuche mit der Kultivierung der Baumwollstaude gemacht, welche so überaus günstig ausfielen, daß nun in diesem Jahre diese Versuche en gros vergiesselt werden. Es wurden bereits in Amerika sehr starke Bestellungen dieserwegen gemacht und nach genauen, durchaus nicht sanguinischen Berechnungen wird Venezien — wenn sonst die Dinge ihren natürlichen Lauf nehmen — in wenigen Jahren schon den eigenen Bedarf an Baumwolle durch eigenen Anbau selbst decken können und vielleicht später sogar etwas für den Export erübrigen. Es wäre dieses eine neue Einnahms- und Industriekette für Venezien, welche bald sich wohlthuend fühlbar machen würde. Auch die Einführung des chinesischen Seidenraupensamens, welche nach angestellten Versuchen der grassirenden Raupenkrankheit nicht unterworfen ist, wird dieses Jahr stark kultivirt werden, so daß das Jahr 1864 in industrieller Beziehung für das lombardisch-venetianische Königreich ein segenvolles zu werden sich anläßt.

Eger, 19. Jänner. Heute ist hier ein ausgezeichneter Greis zur Erde bestattet worden, dessen Name in der Literaturgeschichte mit dem Goethe's wiederholt in Verbindung gebracht wird: „der „Rath“ Grüner, bekannt draußen im Reich durch seinen Briefwechsel mit Goethe. Er starb in dem hohen Alter von 84 Jahren.

Lemberg, 22. Jänner. Eine am 17. aus dem Zolkiewer Kreise unter Komorowski nach Russisch-Polen ausgetretene Reiterabteilung soll, wie verlautet, geschlagen und Komorowski gefallen oder verwundet sein. Auch wurde eine Insurgentenabteilung unter Cwik bei Krasnobrod geschlagen und es treten einzelne Flüchtlinge im Przemysler Kreise über die Grenze.

Ausland.

Aus München, 15. Jänner, wird berichtet: Das Duell, welches jüngst zwischen dem Reichsrath Grafen Holstein und dem Rittmeister v. Sternbach stattfand und mit dem Tode des Letzteren endete, zieht mehrere andere nach sich. Graf Holstein hatte bereits wieder mit einem Offizier des zweiten Kürassier-Regiments ein Duell und liegt zur Zeit an einer Säbelwunde darnieder, die er aus diesem Duell davongeträgt.

Frankfurt, 21. Jänner (Nachts). Der Ausschuß der allgemeinen Abgeordnetenversammlung hat von dem Plane einer Versammlung von Abgeordneten der Mittel- und Kleinstaaten bis jetzt keine Kenntniß. Es muß daher die Nachricht, daß ohne Vorwissen des Ausschusses bereits definitive Einladungen zu jener Versammlung ergangen seien, als verfrüht betrachtet werden.

Frankfurt, 22. Jänner (Nachts). In der heutigen Bundesstagsitzung kam eine Zuschrift des Befehlshabers der Exekutions-Truppen, General Hale, zur Verhandlung. Hale führt Beschwerde wegen eines auf den Durchmarsch der preußisch-österreichischen Truppen nach Schleswig bezüglichen Anklagens Marcellus Wrangel's. Eine Instruktion an General Hale und die Bundes-Kommissäre wurde erledigt, dagegen gehend, daß der Durchmarsch der großmächtlichen Truppen durch Holstein vom Bunde zwar zugestanden sei, daß aber die Stellung Hale's und der Civil-Kommissäre in Holstein dadurch nicht alterirt werde. Die Vertreter Österreichs und Preußens am Bunde gaben abermals für die Autorität des Bundes beruhigende Erklärung ab. (Pr.)

Frankfurt, 22. Jänner. In der heutigen Bundesstagsitzung zeigten Österreich und Preußen den Beginn des Durchmarsches der österreichisch-preußischen Truppen durch Holstein nach Schleswig an. In der Bundesversammlung allgemeines Einverständnis darüber, daß die Verhältnisse der Zivilkommissäre in Holstein, so wie das Kommando des Gene-

rals Hale über die sächsisch-hannover'schen Exekutionstruppen davon unberührt bleiben. Es wurden demgemäß genaue Instruktionen an beide erlassen. Die österreichisch-preußischen Brigaden der ersten Reserve gehen zum österreichisch-preußischen Corps über.

Dresden, 21. Jänner (Abends). Die Kommission der Abgeordnetenkammer für die schleswig-holstein'sche Sache hat folgende neue Anträge eingebracht: Die sächsische Regierung wolle das Ansehen und die Autorität des Bundes gegen bundeswidrige Unternehmungen energisch vertheidigen; für die sofortige Anerkennung des Herzogs Friedrich am Bunde eintreten; falls die sofortige Abstimmung des Bundes über die Erbsfolgefrage nicht zu erlangen sei, auf die Zulassung eines Bevollmächtigten des Herzogs antragen; und mit den bundestreuen Regierungen auf sofortige Verstärkung der Bundesstruppen in Holstein, wie auf die Besetzung Schleswigs durch die Truppen der bundestreuen Regierungen hinzuwirken.

Dresden, 22. Jänner. Zu der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurden die Ausschüssen anträge, die schleswig-holstein'sche Frage betreffend, angenommen. Minister v. Beust sprach in verhöhnlidem Sinne, betonte jedoch das entschiedene Festhalten der sächsischen Regierung an dem von ihr eingenommenen rechtlichen Standpunkte und drückte die Hoffnung aus, denselben schließlich zur Geltung zu bringen.

Berlin, 21. Jänner. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Die Diskussion über die Anleihe und die Schulze-Carlowitz'sche Resolution wurde in eine Generaldiskussion zusammengefaßt. Groote und Genossen brachten zur Schulze'schen Resolution ein Amendement ein des Inhalts, daß das Ziel der Politik der beiden Großmächte sei, die Herzogthümer zum zweiten Male Dänemark zu überliefern. Referent Abmann spricht für die Verwerfung der Anleihe. Bismarck berichtigte den Ausschusserichter; er habe nicht gesagt: Dänemark „können“ Schleswig inkorporieren, wenn Preußen den Londoner Vertrag verlasse, sondern „werde“, auch die Worte „Geld nehmen, wo er finde“, habe er nicht in so schroffer Form gesagt.

Herr v. Bismarck verliest hierauf Mitteilungen aus der preußischen Depesche an die Gesandten an den deutschen Höfen. Er verwahrt sich gegen Missentertung. Vom europäischen Standpunkte betrachte er die Personalunion beider Herzogthümer als eine Eventualität, falls die Einsetzung einer besonderen Dynastie nicht erreichbar sei. Die bloße Erbsfolge sichere nicht die Rechte der Deutschen in Schleswig. Aus der Zusammengehörigkeit mit Holstein folge nicht das Recht eines Einspruchs für Schleswig.

An der Debatte nahmen Gottberg, Birchow, v. Wartensleben, Moeller, Blankenburg und Karlowitz Theil. Auf Birchows Erklärung, Preußens Pflicht wäre die Unterstützung der skandinavischen Politik gewesen, erwiederte Bismarck: die schwedische Regierung unterstützte keineswegs die skandinavische Union. Die Generaldiskussion ist geschlossen, die Sitzung auf morgen vertagt.

Berlin, 21. Jänner (Abends). Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Die Gesandten Österreichs und Preußens in Kopenhagen sind nur noch durch die Unterbrechung der Dampfschiffahrt dort zurückgehalten.

Die „Kreuzzeitung“ vernimmt zuverlässig aus Frankfurt: Sobald das Londoner Protokoll aufgehoben sei, werde Russland seine Ansprüche auf den Gottorp'schen Anteil Holsteins geltend machen. Eine Kabinetsordre vom 18. d. M. veruft den Prinzen Albrecht (Vater) in das Generalquartier des F.M. Wrangel.

Berlin, 22. Jänner. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses antwortete Herr v. Bismarck dem Abgeordneten Schulze. Es sei nicht wahr, daß die kleinen deutschen Staaten sich an Preußen anlehnen wollen; die letzten fünfzehn Jahre beweisen, daß sie sich an Österreich anlehnen, wovon wir viel zu leiden hatten. Unsere Aufgabe ist, mit den skandinavischen Völkern in Eintracht zu leben. Ein Minister, der das Vertrauen der Majorität dieses Hauses erwerben wolle, müßte gegen die Verfassung, gegen den preußischen Volksgeist und gegen die geschichtlichen Traditionen handeln. Das Haus will diplomatischer Hofkriegsrath sein und Preußen unter die Majorität des Bundes beugen. Das Haus versteht das preußische Volk nicht. Der Rocher de Bronze steht noch.

Abg. Graf Schwerin sagt: Er habe sich nach schweren Kämpfen für die Ablehnung entschlossen, er hofft, der König werde den Bundesbeschluß wegen der Erbsfolge anerkennen. Das Ministerium fürchtet die Demokratie und das Ausland.

Hierauf entgegnete Herr v. Bismarck: Die Demokratie hoffe er zu besiegen, Besorgniß vor dem Ausland sei gebotene Vorsicht; er behauptet heute wie immer die Politik der freien Hand.

Berlin, 22. Jänner. Abgeordnetenhaus. Im Laufe der Debatte konstatierte der Kriegsminister v. Noor die vollste Übereinstimmung des Ministeriums

und verwahrte die Regierung gegen den Vorwurf eines Scheinkrieges und der Überlieferung der Herzogthümer an Dänemark. Die Anleihe wurde mit 275 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Ein Theil der Katholiken, Grabow und Schwerin stimmten mit der Majorität. Die Schulze'sche Resolution wurde nebst dem Amendement Grote mit großer Majorität angenommen.

Berlin, 22. Jänner. Die „Nordd. Ztg.“ resumirt den Inhalt der gestern von Herrn v. Bismarck im Abgeordnetenhaus verlesenen preußischen Depesche an die deutschen Mittelstaaten in folgender Weise: Die preußische Regierung trete nicht dem Bunde entgegen, berücksichtige nur seine Stellung zu den Kontrahenten des Londoner Vertrages. Eine mögliche Form der Lösung sei eine Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogthümern, so wie jene zwischen Schweden und Norwegen.

Der heutige „Staatsanzeiger“ meldet: Der König nahm heute Vormittags die militärische Meldung des F.M. Gablenz nebst Stab entgegen.

Aus Hamburg, 19. Jänner, schreibt man dem „Fremdenblatt“: Vor einigen Tagen brachten mehrere Blätter aus der „N. Gr. Ztg.“ die Notiz, daß gegen mehrere Mitglieder der Turnhallen-Kommission kriminalgerichtliche Untersuchungen eingeleitet worden wären, angeblich wegen Werbung für Kriegsdienste eines fremden Staates, Aufreizung gegen die Hamburger Behörden in dem bekannten Aufrufe u. s. w. Niemand glaubte an die Richtigkeit dieser Nachricht. Heute jedoch erfahre ich von Dr. Wex, dem bekannten Advokaten und Nationalvereins-Führer, daß die Nachricht allerdings richtig sei, so ferne sie seine Person betreffe, gegen welche von der Hamburger Staatsanwaltschaft ein Kriminal-Prozeß aus obigen Gründen eingeleitet worden sei.

Hamburg, 22. Jänner. Die mit dem gestrigen Abendzuge in Altona eingetroffenen Mitglieder der schleswig-holstein'schen Landesdeputation wurden auf dem dortigen Bahnhofe mit Musik unter ungeheurem Jubel empfangen und kamen des Nachts in Begleitung großer Volksmassen hieher, wo in Binggs Hotel eine Berathung stattfindet.

Kiel, 17. Jänner. Das Vorhaben Preußens und Österreichs, Schleswig zu okkupieren, hat im Lager des Herzogs Friedrich von Augustenburg die größte Bestürzung hervorgerufen. Dieser Tage ging ein Abgesandter des Herzogs nach Berlin, um Erklärungen darüber einzuziehen, wie man eventuell von Seiten der Okkupation gegen den Herzog verfahren würde, falls derselbe hier verbliebe. Der Bescheid ist nicht eben sehr tröstlich gewesen und er wurde von Jemandem sehr offenherzig gegeben, welcher mitwirkend bei der jetzigen preußischen Politik ist, ohne sie mit seinen Sympathien zu begleiten. Zunächst beabsichtige man preußischerseits, die Exekution als status quo in Holstein anzuerkennen und in das Ressort der Bundeskommissäre nicht einzugreifen. Die Anwesenheit des Herzogs in Kiel, eben so wie seine Agitation in Holstein werde man ignorieren; doch von dem Augenblicke an, da er sie auf Schleswig erstreiken würde oder eigenmächtig vorgehe, könne er erwarten, daß man suchen werde, sich seiner Person zu versichern. (?) Pronunciamentos zu seinen Gunsten in Schleswig sollen unterdrückt werden. Man macht sich hier auch kein Hehl daraus, daß die Sache des Augustburgers im Bruderlande ziemlich verloren sei, sobald die Okkupation wirklich stattfindet. Ein Widerstand Seitens der Dänen ist nicht wahrscheinlich, da diese dem Plane der Großmächte, die Frage zur alleinigen Lösung zu führen, wohlweislich in die Hände arbeiten. Es ist denn auch als abgemachte Sache zu betrachten, daß die November-Verfassung von Seiten Dänemarks auf eine bloße Aufforderung der Großmächte hin, nicht zurückgenommen wird, damit die Okkupation eine Thatache und durch diese dann das neue Grundgesetz für Schleswig bestätigt werde.

(Dest. 3)

Kiel, 21. Jänner. Nach dem Abmarsche der sächsischen Bataillons wurden die Wachen von der Turnerfeuerwehr bezogen. Morgen und übermorgen werden 4000 Österreicher erwartet. Oberst Duplat ist aus Gotha hier eingetroffen.

Rom, 19. Jänner. Der Papst empfing eine Deputation von 300 Katholiken aus allen Ländern, welche ihm eine Anhänglichkeit- und Huldigungsadresse überreichte und gegen die zum Nachtheile des Patrimoniums des heil. Petrus vorgekommenen Thatsachen protestierte. Der Papst erklärte, er wolle das Patrimonium der Kirche den Nachfolgern ungeschmäler zurücklassen und daher keinen, diesem Entschluß widersprechenden Vorschlag oder Vertrag annehmen. Zugleich fügt er bei, daß er nicht auf die Gewalt der Waffen, sondern auf die Vorsehung vertraue.

Turin, 18. Jänner. In Folge alarmirender aus Südtalien hier eingetroffener Nachrichten sandgestern Abends unter Vorsitz des Königs ein Ministerial statt, dem auf ausdrücklichen Wunsch desselben auch General Gladini, der telegraphisch hierher berufen wurde, bewohnte. Die Sitzung dauerte von

7 Uhr Abends bis nach Mitternacht, und dennoch trennte man sich, ohne einen definitiven Besluß gefaßt zu haben. Von unterrichteter Seite erfahren wir hierüber Folgendes: Es lagen zwei Berichte vor, und zwar der eine vom General La Marmora aus Neapel, der andere aus Palermo vom General Govone. La Marmora meldete, daß sich in Neapel selbst sowie in der ganzen Umgegend eine besorgnisserregende Bewegung kundgebe und er den Ausbruch eines Aufstandes befürchte, umso mehr, da allgemein die Nachricht verbreitet sei, es werde aus dem Römischen eine Expedition von Parteigängern des Königs Franz II. vorbereitet, welche zugleich mit der Erhebung der Bevölkerung Neapels in Szene geben werde. Der General erklärt nun, daß er allen Grund habe, der Haltung der Nationalgarde zu misstrauen. Könnte dieselbe außerhalb der Bewegung gehalten werden, so könnte er leicht für die Aufrechthaltung der Ordnung einstehen; anders verhalte es sich aber, wenn er 30 bis 40 000 bewaffnete Nationalgarden in den Reihen seiner Feinde erblicken würde. Er verlangt daher nichts Geringeres, als Entwaffnung der Nationalgarde. Nicht viel tröstlicher lauten die Berichte des Generals Govone. Derselbe bestätigt, daß zahlreiche Rekrutierungsfüchtinge sich im Lande zerstreut befinden und die Scharen der Briganten vermehren. Er meldet den Verlauf einiger Zusammenstöße f. Truppen mit Briganten, bei welchen die ersten den Kürzern zogen. Govone fordert daher Verstärkung und die Verbähnung des Belagerungszustandes über ganz Sicilien. Wie gesagt, wurden keine entscheidenden Beschlüsse gefaßt, doch schloß sich der König sehr eifrig der Ansicht Gialdini's an, welcher verlangte, die Civilgewalt in Neapel und Sicilien zu suspendiren und alle Gewalt in den Händen der Militär-Kommanden zu vereinigen.

Turin, 21. Jänner. Ein Birkular des Ministers des Innern signalisiert den Präfekten die Umtreibe der Aktionspartei, welche die Absicht ausdrücken, in die Befugnisse des Königs und des Parlaments einzugreifen, indem sie an die geheime Zustimmung der Regierung glauben zu machen suchen. Das Ministerium ist entschlossen, die Umtreibe zu entlarven und jeden Versuch zu unterdrücken. Die Präfekten sollen Wachsamkeit üben und die Gesetze streng handhaben.

Aus **Paris**, 19. Jänner, wird geschrieben: Neuer Fortschritt der liberalen Bewegung in den Départements. In Straßburg hat bei der Nachwahl der Oppositionskandidat Hallez-Claparède (von den legitimen Verifikationsverhandlungen noch in frischer Erinnerung) und in dem Département der Vogesen der Oppositionskandidat Herr Buffet, Finanzminister der Republik von 1848, letzterer mit einer Majorität von über 3000 Stimmen den Sieg davongetragen. Nur in dem Wahlkreise von Nîmes, wo die Eifersucht der katholischen und protestantischen Wähler der Regierung ihr Geschäft erleichterte, hat der Millionär und Bonapartist Herr Braaby, dessen erste Wahl bei der Verifikation kassiert worden war, von Neuem obgesiegt, obgleich auch hier die Opposition 7000 Stimmen für sich vereinigte. Herr Buffet wird der Regierung namentlich in finanziellen Fragen unbequem sein, in welchen er eine ebenso unbestrittene Autorität, wie die Herren Thiers und Berryer, genießt.

Baron James Rothschild hat vorgestern, als er den Bankgouverneur Bucry verließ und die Treppe hinabsteigend, sich in die Lektüre eines Briefes versetzte, einen Fall gehan und sich dabei einen Fuß verstaucht. Der Unfall hat hier allgemeines Bedauern hervorgerufen.

Herr Guizot hat vorgestern seinem alten Rivalen Thiers einen Besuch abgestattet. Es soll dies seit bald 24 Jahren, seit dem Sturze des Ministeriums vom 1. März, das erste Mal gewesen sein, daß Guizot die Schwelle seines Exkollegen betrat.

Paris, 22. Jänner. Hiesige Financiers richten nach Wien die Anfrage, ob die österreichische Nationalbank geneigt wäre, 50 Millionen Franks Silber, gemünzt oder ungemünzt, gegen angemessene Garantie der Banque de France vorzustrecken. Man erwartet baldige Antwort.

Kopenhagen, 15. Jänner. Neben die Ablehnung des preußisch-österreichischen Antrages in Betreff der Besetzung Schleswigs am deutschen Bundesstage äußert sich die amtliche „Berl. Zeit.“ unter Anderm, wie folgt: „Welche Bedeutung die Abstimmung in Frankfurt für Dänemark haben wird, ist schwer zu sagen. Daß Preußen und Österreich Schleswig angreifen werden, scheint abgemacht zu sein, und ist es an und für sich eine ziemlich gleichgültige Sache, ob wir uns mit Preußen und Österreich in ihrer Eigenschaft als Großmächte oder in ihrer Eigenschaft als Bundesmächte schlagen sollen. Eben so sicher ist aber, als es für uns vortheilhaft sein kann, daß Deutschland in dieser Angelgenheit, wie in jeder anderen in mehrere Lager sichtheit, und daß der Krieg, den Preußen und Österreich jetzt auf eigene Hand anfangen zu wollen scheinen, ein in Deutschland unpopulärer wird, eben so gewiß wird die gegenwärtige Situation

vielfache Verwicklungen mit sich führen. Denn jede Übereinkunft, welche möglicherweise mit den beiden Großmächten getroffen werden könnte, oder jeder Friede, welcher mit ihnen vereinbart werden dürfte, wird, falls die Spaltung vorbesteht, selbstverständlich von dem Bunde zurückgewiesen werden und dieser alsbann später immer einen Grund hervorbringen können, die ganze erledigte Frage nochmals in eine neue Verhandlung hineinzuziehen.“

Kopenhagen, 21. Jänner. Bei der Abreßdiskussion im Folketing erklärte der Konseilspräsident, daß die November-Versammlung nur in verfassungsmäßiger Weise aufgehoben werden könne. „Wenn der Bund uns nicht mehr Hindernisse in den Weg legen will, sind wir, die wir uns an die eingegangenen Verpflichtungen halten, willig, Holstein in konstitutionelle Verbindung mit den anderen Landesteilen aufzunehmen. Die Regierung wird keinen Zoll von Dem weichen, wozu sie staatsrechtlich verpflichtet ist.“

Stockholm, 21. Jänner. Die bevorstehende Okkupation Schleswigs hat eine wachsende Bewegung für Dänemark in allen Landesteilen hervorgerufen. Es zirkulieren Adressen und werden Comité's für Geldsammelungen und Anwerbung von Freiwilligen gevildet. Die Kriegsrüstungen werden mit verdoppeltem Eisern in Schweden und Norwegen betrieben.

London, 22. Jänner. Gerüchte von Kabinetsmodifikationen zirkulieren. Lord Palmerston soll gesonnen sein, Earl Russell fallen zu lassen, wenn dessen Politik im Parlemente Gegner findet.

London, 22. Jänner. Die heutige „Times“ schreibt: Dänemark verwirft das Ultimatum nicht unbedingt, sondern verlangt eine längere Bedenkzeit. „Morningpost“ erklärt die gestrige Angabe der „Times“ für inkorrekt; das dänische Kabinett habe bloß dem englischen seine Bereitwilligkeit angedeutet, den Kongreß beuhfs Abchaffung der Verfaßung einzuberufen, da das Kabinett dazu inkompotent sei. Weitere Versöhnungsanträge seien hier nicht eingetroffen.

Shanghai, 8. December. Oberst Gordon eroberte Sootheo. Der Konföderierten-Dampfer „Alabama“ ist in Singapore angekommen.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 25. Jänner.

Unsere in Nr. 18 gebrachte Notiz von dem Ergebnisse des am 21. d. M. beim biesigen f. f. Landesgericht öffentlich verhandelten Pressoprozesses gegen Friedrich Vilhar und Anton Klein — berichtigten wir hiermit dahin, daß vom Staatsanwalte bezüglich des Anton Klein die Freisprechung ob Unzulänglichkeit der Beweismittel, gegen Friedrich Vilhar aber die auf das zur Last gelegte Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe im §. 65 St. G. normierte geringste gesetzliche Strafe des einjährigen schweren Kerkers sowie der Verfall eines Kautionsbeitrages von 300 fl., unter Einem aber auch die Anwendung des dem Gerichtshofe nach §. 54 St. G. B. zustehenden außerordentlichen Milderungsrechtes, so wie die weiters nach §. 55 St. G. B. zulässige Abkürzung der Strafdaauer beantragt wurde, dann, daß Anton Klein von der Anklage nicht bloß freigesprochen, sondern nach §. 288 St. P. O. gänzlich losgesprochen und schuldlos erklärt worden ist.

— Die Beteiligung an dem bevorstehenden Narrenabende ist eine so rege, daß das Comité beschlossen hat, dem Wunsche Vieler nachzukommen und auch in dieser Woche noch Karten ausfolgen zu lassen. Wir bemerken aber hiebei ausdrücklich, daß auf der Schießstätte keine Kasse eröffnet wird und daß selbst keine Karten zu haben sein werden.

— Der beabsichtigte Handlungshall soll, wie wir hören, nicht in diesem Fasching, sondern in der ersten Woche nach Ostern stattfinden.

— Im gräßlich Altems'schen Archiv fand sich auf einem losen Blatte aus dem 16. Jahrhunderte eine Notiz, welche folgende interessante Mittheilung enthält: „Albrecht Dürer, auf der Reise nach Italien in Stein (bei Laibach) erkrankt, hat bei einem dortigen Maler freundliche Aufnahme gefunden und ihm dafür als dankbare Erinnerung ein Gemälde auf sein Haus gemalt.“

— Im Kurthale zeigte sich am 16. d. M. Morgens um 8 Uhr 5 Minuten, bei 13 Grad Kälte und hohem Barometerstande, am südöstlichen Horizonte eine für die gegenwärtige Jahreszeit höchst seltene Erscheinung, nämlich die eines Regenbogen-Segmentes, dessen konkave Seite gegen die Sonne gekehrt und etwa 30 bis 35 Grad von ihr westlich abstand. Die Erscheinung hatte nicht dem Regen, sondern nur einer dichtfallenden Menge von kleinen glänzenden Schneegräupchen ihre Entstehung zu verdanken.

— Das Bestehen der evangelischen Gemeinde in Marburg ist durch Zeichnung von Beiträgen der meisten Glaubensgenossen gesichert, so daß binnen Kurzem die Konstituierung eines evangelischen Pfarramtes in Marburg in Aussicht steht.

— Das k. k. Staatsministerium hat gestattet, daß Josef Hecht in Marburg das Geschäft als Handelsreisender, im Hopfengeschäfte für Herrn Moritz Tauchmann in Fürth, in Steiermark, Kärnten, Krain und Istrien durch ein Jahr beforge.

Vermischte Nachrichten.

In dem Städtchen Lettowicz nächst Brünn kaufte der dortige Schmied vor einigen Tagen 5 Gr. altes Eisen, unter welchem sich auch der Lauf eines Gewehres nach der im Jahre 1813 üblichen Konstruktion befand. Ohne den Gewehrlauf zu untersuchen, legte der Geselle König, ein Militär Urlauber, denselben ins Feuer, in der Absicht, Schlüssel daraus zu erzeugen, doch kaum war der verhängnisvolle Gewehrlauf einige Augenblicke im Feuer gelegen, entlud er sich einer wahrscheinlich vor langer Zeit gebliebenen Ladung und die Kugel traf den unglücklichen König, welcher mit dem Rufe: „Bei Gott! ich bin erschossen!“ zusammensank. Die Kugel ging ihm durch die Rippen und nach einer Viertelstunde war er eine Leiche.

— Eine furchtbare Explosion erschütterte am 15. Abends die Stadt Liverpool und ihre Umgebung. Ein nach Afrika bestimmtes Schiff, die Barke „Lotty Sleigh“, mit 940 Fässchen oder 11½ Tonnen Pulver an Bord hatte Feuer gefangen; um 6 Uhr verlor die Mannschaft das Fahrzeug, und als um 1½ Uhr das Magazin vom Feuer ergriffen wurde, flog das Schiff mit einem schrecklichen Knall in die Luft. Es war in Atome zersplittert, und Theile des Eisenwerks fand man auf beiden Seiten des Meers zerstreut. Die Stadt erzitterte in ihren Grundfesten, Tausende von Fensterscheiben zersprangen, das Gas in den Straßen erlosch. In Birkenhead war der Schade noch größer; sehr wenige Häuser und kein einziges öffentliches Gebäude hat noch unversehrte Fensterscheiben aufzuweisen. Es scheint, daß keines Menschenlebens Verlust zu beklagen ist, wenn auch manche kleinere Verletzungen vorgekommen sind.

— Ein neuer Wasserfall ist im Gebiet von Columbia entdeckt worden. Er soll an Großartigkeit die Niagara-Fälle ebenso sehr übertreffen, als diese die anderen Naturseltenheiten dieser Art in der Welt überbieten. Er befindet sich in dem Thale des Flusses Snake, das man Lewis-Fork nennt, und wurde von einem Detachement Truppen entdeckt. Der Fluss Snake fällt nämlich da in einen steilen Abgrund, von einer Höhe, die 198 Fuß, also um 38 Fuß mehr als der Niagara misst.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 25. Jänner. Herbst und Ge nossen werden heute im Finanzausschusse eine Resolution gegen das Vorgehen der Regierung in Deutschland einbringen. Hier starker Thauwetter. Große Gefahr einer Über schwemmung.

München, 23. Jänner. Ein Artikel der heutigen „Baier. Ztg.“ sucht den Vorwürfen, welche die Presse der Regierung macht, zu begegnen. Nach demselben war die Mobilisierung vorerst nicht beabsichtigt; die Einberufung des Landtages sei in der gegenwärtigen Lage nicht angemessen, indem der Kammer in dieser Angelegenheit irgendwelche Vorlage noch nicht gemacht werden könnte.

Frankfurt, 23. Jänner. Heute halb 3 Uhr früh traf der durch unterwegs stattgefundenen Ovalationen verspätete Eisenbahnhug mit der schleswig-holsteinischen Landesdeputation hier ein, wurde vom Turnverein, Liederkranze und einer großen Volksmenge von bier und der Umgegend begrüßt und von Sigismund Müller bewillkommt, worauf der Zug sich unter Absingung der Schleswig-Holsteinhymne in die Stadt begab.

Dresden, 23. Jänner. Das heutige „Dresdener Journal“ enthält folgendes Telegramm aus Frankfurt a. M.: In der gestrigen Sitzung des Bundes tages erfolgte die Beschlusssfassung wegen Entlassung der österreichisch-preußischen Reserve aus dem Exekutionskorps, vorbehaltlich der Einbeziehung neuer Reserven aus Bundesstruppen. — Auch wurde beschlossen, dem General Hale hinsichtlich seines Verhaltens in der Besetzungsfrage Schleswigs die Anerkennung des Bundes auszusprechen.

Berlin, 23. Jänner. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses fand die Budgetdebatte statt. Es wurde der vom Abgeordnetenhaus am Ende Etat mit großer Majorität abgelehnt und der Regierungsetat mit 58 gegen 17 Stimmen hergestellt. Der Finanz minister gab dem Hause die motivierte Ablehnung des am Ende Etat anheim, sprach also nicht direkt für Wiederherstellung des Regierungsentwurfes.

Hamburg, 22. Jänner (Nachts). 5 Grad Wärme, Regen, das Eis der Elbe wird noch mit Wagen befahren.

Die „Hamburger Börsenballe“ meldet, daß der Generalfeldmarschall v. Wrangel morgen früh um halb 5 Uhr erwartet wird.

Hamburg. 22. Jänner. Kopenhagener Nachrichten zufolge wurden den Militärpersönern und Beisetzungen Mittheilungen über Alles, was dem Feinde dienen könnte, verboten. Nach dem „Tagbladet“ ist ein außerordentliches Storting nach Christiania auf den 14. März d. J. einzuberufen.

Hamburg. 23. Jänner. (Temperatur: 6 Grad Wärme, Wind aus Südwest, Barometer steigend.) Die Bundeskommiffäre ersiehen folgende, vom 21. Jänner datirte Bekanntmachung:

„Die unter dem Befehle des Generalfeldmarschalls v. Wrangel stehenden Truppen haben die Grenzen der Herzogthümer überschritten. Mit Rücksicht auf den Protest verschwörer Regierungen am Bunde wurde General Hake beauftragt, dem Generalfeldmarschall v. Wrangel zu erklären, daß wir eine ordnungsmäßige Notifikation erwartet hätten und die Truppen auch nicht als Bundesreserve anerkennen können, uns aber in die unabänderliche Thatsache fügen. Von Präsidium des Bundes haben wir die Anzeige erhalten, daß das Einrücken dieser Truppen (Österreicher und Preußen) nicht in fernere Anordnungen betreffs der exekutionsmäßigen Besetzung und Verwaltung Holsteins und Lauenburgs einzugreifen oder sie zu beeinträchtigen hätte, und daß die Truppen nur durchpassiren würden. So fordern wir demnach die Behörden und Bewohner der Herzogthümer auf, die geforderten Leistungen den österreichisch-preußischen Truppen zu gewähren und diese fremdlich anzunehmen.“

Herzog Friedrich erwiederte einer Deputation aus Altona, er hoffe binnen Kurzem im Stände zu sein, die Einladung Altona's anzunehmen.

Hamburg. 23. Jänner. Laut Kopenhagener Berichten soll gestern daselbst zwischen dem schwedischen Gesandten Hamilton und dem Minister Quade eine schwedisch-dänische Militär-Konvention abgeschlossen worden sein, welcher zufolge im Falle des Krieges schwedische Truppen Seeland mit Kopenhagen besetzen, damit die ganze dänische Armee ins Feld rücken könne. Diese Hilfe wird jedoch nur im nachbarsfreundlichen Sinne geleistet, und keinesfalls sollen schwedische Truppen an der Aktion sich beteiligen. (Pr.)

Niels. 22. Jänner. Die dänischen Pikets an der dänischen Zolllinie sind beordert worden, sich bei

dem Annösche der Preußen zurückzuziehen. Da Danewitter eingetreten ist, denken die Dänen das Danewirke auf's Neuerste zu verteidigen.

Paris. 23. Jänner. Das Memorial diplomatique will aus authentischer Quelle wissen, Frankreich habe Österreich und Preußen vorgeschlagen, daß deren Truppen die Eider nicht vor Ablauf von sechs Wochen überschreiten mögen. In der Zwischenzeit würde König Christian den Reichsrath zusammenberufen, um durch ihn die November-Versammlung abändern zu lassen, und ein Abkommen auf der Grundlage von 1851 bis 1852 herbeizuführen. England, Russland, Schweden sollen diesen Vorschlag unterstützen. (Pr.)

Brüssel. 23. Jänner. Erzherzog Ferdinand Moos und Gemalin werden am 4. Februar hier erwartet. Der Herr Erzherzog geht von hier nach Paris und London, sodann nach Rom, um den Segen des Heiligen Vaters zu empfangen, und wird hierauf an Bord der ihm zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellten Fregatte Novara von Civitavecchia aus die Fahrt nach Mexiko unternehmen, nachdem er vorher in Antwerpen angelegt, um die Frau Erzherzogin Charlotte, welche ihn in Brüssel erwartet, abzuholen. Der Erzherzog wird in Paris mit den einem Kaiser gebührenden Ehren empfangen werden. (Pr.)

New-York. 13. Jänner. Die Konsöderirten haben gegen 20.000 Mann im Innern von Texas zusammengezogen, um die von den Unionisten an den Küsten besetzten Punkte anzugreifen. — Drei im Bau begriffene Kriegsdampfer werden nächstens Charleston verlassen, um die Unionisten anzugreifen.

Aus **Mexiko**, 22. December, wird gemeldet: Die französischen Truppen sind in Besitz der Hauptstädte aller wichtigeren Staaten.

Neueste Überlandspost.

In den Gewässern von Ceylon treibt sich ein Kaperschiff umher, das man anfangs für den „Alabama“ hielt; es scheint aber ein anderes zu sein. Die Shanstaaten, welche dem König von Burmah tributpflichtig sind, haben sich wegen unwürdiger Behandlung eines ihrer Häuptlinge von Seite des gestern empört und damit angefangen, alle britanischen Beamten umzubringen. Der König von Burmah hat nun eine starke Konkription ausgeschrieben und will gegen die Rebellen das Glück der Waffen versuchen. Sutschau ist nach hartnäckiger Vertheidigung endlich vom Major Gordon genommen worden, nachdem die

Rebellen ihren eigenen Anführer Mowang enthaftet hatten. In der eroberten Stadt sollen sich gegen 200 Italiener und Griechen (?) befinden haben. Naufragie wird von dem kaiserlichen General Tengkwofan hart bedrängt. Aus Japan wird gemeldet, daß die Regierung des Teikun gegen mehrere außländische Daimios rüste. Fürst Satsuma hatte die versprochene Entschädigungssumme noch nicht bezahlt, sowie die Mörder noch nicht ausgeliefert. Es heißt, er wolle die Entschädigungssumme nicht eher zahlen, als bis die Fremden Yokohama geräumt. Inzwischen waren aber die Hindernisse des Handelsverkehrs mit Yokohama wieder beseitigt worden. Für Japan bestimmte Truppen aus Indien sind in Hongkong angelkommen, wo sie vorläufig bleiben, da die Aussichten sich friedlicher gestaltet haben.

Markt- und Geschäftsbericht.

Laibach. 23. Jänner. Auf dem heutigen Markt sind erschienen: 13 Wagen mit Heu und Stroh, 63 Wagen und 7 Schiffe mit Holz.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen fl. 5.32 (Magazins-Preis fl. 5.66); Korn fl. — (Mg. Pr. fl. 3.43); Gerste fl. — (Mg. Pr. fl. 3.7); Hafer fl. — (Mg. Pr. fl. 2.25); Halbfrucht fl. — (Mg. Pr. fl. 3.90); Heiden fl. — (Mg. Pr. fl. 2.82); Hirse fl. — (Mg. Pr. fl. 3.2); Kukuruz fl. — (Mg. Pr. fl. 3.65); Erdäpfel fl. — (Mg. Pr. fl. —); Linse fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Fisolen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Rindfleisch pr. Pfund kr. 55, Schweinefleisch kr. 37; Speck, frisch kr. 22, detto geräuchert kr. 38; Butter kr. 50; Eier pr. Stück kr. 2½; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 18—22, Kalbfleisch kr. 21, Schweinefleisch kr. 21, Schöpfnfleisch kr. —; Hähnchen pr. Stück kr. 25, Tauben kr. 15; Heu pr. Btr. fl. 1.10 bis fl. 1.40, Stroh kr. 70—90; Holz, hartes 30", pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mg. Pr. rother und weißer, pr. Eimer fl. 10 bis 15.

Theater.

Hente Montag: **Doktor Faust's Hauskäppchen.** Posse mit Gesang in 3 Akten, von Fr. Hopp. Morgen Dienstag: **Deborah.** Volkschauspiel in 4 Akten, von Mosenthal.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

Börsenbericht.

Wien,
den 23. Jänner

Die Börse verlor in vorwiegend matter Haltung. Nur 1860er-Lose behaupteten sich sehr fest, und Kreditlose wurden bei anhaltender Nachfrage und mangelnder Ware um $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{10}$ % besser bezahlt. Dagegen verloren Kredit-Aktien im Vergleich mit der gestrigen Notierung am Kursie fast 2 fl. pr. Stück, Nordbahn-Aktien $\frac{1}{10}$ %, Bank-Aktien 1 fl. Auf Metalliques-Obligationen zeigte sich ziemlich viel Geld, 1839er-Lose und verloste Bankabandiere stiegen um einen Betragteil. Wechsel auf fremde Plätze begeht um circa $\frac{1}{10}$ % teurer bezahlt. In demselben Verhältnisse Gold und Silber höher. Gold sehr flüssig und billig.

Öffentliche Schuld.

	Geld	Waare		Geld	Waare
A. des Staates (für 100 fl.)			Galiz Karl-Ludw.-Bahn fl. 200fl.		
Geld Waare			G. M. fl. 197.50 198.—		
Im dñner. Währung zu 5% 67.75 67.85	5 "	87.50 88.50	Dest. Don.-Dänisch.-Wei. fl. 428.— 430.—		
5% Kalk. v. 1861 mit Rückfl. 96.50 96.75	88.—	88.50	Österr. Lloyd in Triest fl. 226.— 228.—		
ohne Abzchnitt 1862 94.40 94.60	5 "	88.50	Wien-Dampf.-Alt.-Gef. fl. 440.— 450.—		
National-Anteken mit			Pester Lettenbrücke fl. 392.— 394.—		
Jänner-Goupons 5% 80.15 80.20	5 "	72.—	Wöhrl. Westbahn zu 200 fl. 153.50 154.—		
National-Anteken mit			Thessabahn-Aktien 200 fl. G. M. fl. 140 fl. (70%) Einzahlung 147.—		
April-Goupons 80.20 80.30	5 "	71.30 72.10	m. 140 fl. (70%) Einzahlung 147.—		
Metalliques 72.40 72.50	5 "	70.90 72.80	Pfandbriefe (für 100 fl.)		
dette mit Mai-Goup. 72.60 72.75	5 "	93.—	National 10jährige v. 1. J. fl. 102.25		
dette 63.75 64.—	5 "	72.50	bank auf 1857 zu 5% 90.25 90.50		
mit Verlosung v. Jahre 1839 141.75 142.25	5 "	72.50	G. M. verloste 5 " 86.— 86.20		
1854 90.25 90.75	5 "	72.50	Nationalb. auf 5. B. verloste 5 " 88.50 88.75		
1860 zu 500 fl. 93.30 93.40	5 "	72.50	Ungarische Börsen-Credit-Aktien zu 5% pkt. 88.50 88.75		
zu 100 fl. 93.60 93.70	5 "	72.50	Lose (pr. Stück)		
Coin-Rentanz. zu 42 L. aost. 18.25 18.75	5 "	72.50	cred. Aufzais für Handel u. Gew. 131.75 132.—		
B. der Kronländer (für 100 fl.)			zu 100 fl. zu 5. B. 90.— 91.—		
Grundentlastungs-Obligationen			Süd.-nord. Verb.-B. 126.— 126.50		
Nieder-Austreich zu 5% 87.50 88.—	5 "	72.50	Süd. Staats-, Lomb.-ven. n. centr. 30.50 31.—		
Ob.-Dest. und Saarb. zu 5% 84.25 84.75	5 "	72.50	ital. Eis. 200 fl. zu 5. B. 500 fl. 98.— 94.—		
			mit Einzahlung 244.— 245.—		

	Geld	Waare		Geld	Waare
Kass. — Pojaz, Handelsmann, von Klagenfurt			Palfy zu 40 fl. G.M. 33.50 34.—		
Kühnel, Handelsmann, von Wien			Clary " 40 " 32.50 33.—		
Comte Stansenberg von Beder.			St. Gemeis " 40 " " 32.—		
Elefant.			Windischgrätz " 20 " 19.50 20.—		
Die Herren: Fabris von Triest. — Dornig, pens. Psarrer, von Velde. — Glaser von Kainburg. — Fabritius und Marano, Eisenbahnb. Beamte, von Triest. — Iermann, Gutsbesitzer, von Kogenstein. — Saiz, Kaufmann, von Wien. — Seligshag, Gutsbesitzer, von Felstrig. — Lengyl und Mautner, Kaufleute, von Kanischa. — Basch von Brunn. — Hirschmann, Kaufmann, von Graz. — Conte Tonigeti, Kaufmann, von Genua. — Ruprecht, Arzt, aus Unterkrain.			Waldstein " 20 " 20.— 20.50		
			Keglerich " 10 " 15.50 16.—		
			Wechsel 3 Monate.		
			Augsburg für 100 fl. südd. W. 103.25 103.50		
			Frankfurt a. M. detto 103.40 103.60		
			Hamburg für 100 Mark Banco 91.60 91.80		
			Lond. für 10 Pf. Sterling 121.— 121.20		
			Paris für 100 Francs 47.80 47.90		
			Cours der Goldsorten.		
			Geld Waare		
			R. Münz-Dukaten 5 fl. 80 fl. 5 fl. 82 fl.		
			Kronen 16 " 70 " 16 " 73 "		
			Napoleonsd'or 9 " 73 " 9 " 74 "		
			Auf Imperials 9 " 97 " 9 " 99 "		
			Vereinsthalter 1 " 82 " 1 " 82½ "		
			Silber-Agio 120 " 75 " 121 " —		

Lottoziehung vom 23. Jänner.
Triest: 14 71 27 48 56.

Fremden-Anzeige.

Den 21. Jänner.

Stadt Wien.

Die Herren: Brandt, Herrscher, Scherbaum, Kaufleute, von Wien.

Elephant.

Leopold von Eichner. — Klemys, f. f. Hauptmann, von Bicken. — Höller, Geschäftsr. und Besitzer, und Dr. Bolzi von Wien. — Tertschel, Handelsagent, von Ratisbach. — Misi, Kaufmann, von Genua. — Blaak, Kaufmann, von Kanischa. — Stuhlwiesenburg.

Wilder Mann.

Her. Künlich, Geschäftsr. und Besitzer, von Wien.

Bayerischer Hof.

Die Herren: Greger, Realitätsbesitzer, von Genua. — Perina, Holzhändler, von Triest.

Mohren.

Herr Rath, Beamter, von Wien.

Den 23. Jänner.

Stadt Wien.

Die Herren: Nader, Kaufmann, von Wien. — Giehe, Privat, von Baden. — Graf Meissner, f. f. Major und Gutsbesitzer, von Lind bei

Ein Gewölbe zu verpachten.

In Weißnitz, am belebtesten Orte des Marktes, im vorwärts Zheleschnitschen Gasthause, ist ein neu eingerichtetes, geräumiges, sowohl für eine Spezerei, als auch Schnitt-Waarenhandlung geeignetes Gewölbe oder Laden mit andern nöthigen Lokalitäten und Wohnzimmern gegen einen

Fröhliche faschingskrapsen

sind jeden Sonntag und Feiertag in den Saxonischen Geschäftskalendern auf der Wiener Linie und in der Sternallee zu haben.

Ein Bewunderer des

Katzengeschlechtes.

Eine dreifärbig gefleckte Katze, gelb, schwarz und weiß, wird unter günstigen Bedingungen und gleich baarer Bezahlung hinzugegeben, gesucht. Edelmäuse, Be-

werber mögen sich unter der Adresse N. N. poste restante Kainburg an den Besitzer wenden.

(168)

Lose à 50 kr., auf